

Plattform für die Sans-Papiers – in der Sackgasse?

Das Jahr 2001 war das Jahr der Sans-Papiers. Man wollte glauben, dass die Sensibilisierung der Gesellschaft bezüglich Sans-Papiers unumkehrbar geworden sei, bewirkt durch die Aktionen der Kollektive, die Kirchenbesetzungen, Demonstrationen, Medienberichte und Parlamentsdebatten. Wir wähten uns in Sicherheit: Die Sans-Papiers tauchen aus dem Schatten auf und nichts kann dazu führen, dass sie zu einem versteckten Leben im Untergrund zurückkehren müssen. Undenkbar, alle auszuschaffen! Also muss man sie regularisieren! Niemand konnte sich damals vorstellen, dass man sich so bald wieder in einer Sackgasse wiederfinden würde.

Ich kann mich noch sehr genau an die Worte von Pascal Couchepin erinnern, die er anlässlich einer Veranstaltung an mich gerichtet hatte, nachdem ich ihm die dramatische Situation einiger in einem Kirchenasyl versteckter Familien in Lausanne geschildert hatte. „Sollen sie doch rauskommen! Es wird ihnen nichts passieren!“ Man hätte diese Worte als Versprechen verstehen können - sie klangen aber viel eher nach einem zynischen Eingeständnis, nichts machen, nichts hören und nichts sehen zu wollen. In vergleichbarer Atmosphäre fand dann auch die dringliche Parlamentsdebatte im Dezember 2001 statt, nach einer Demonstration mit über 10'000 Teilnehmenden in Bern.

Wir hätten vorhersehen sollen, dass alle unsere Forderungen abgelehnt würden. Aber wir waren so getragen von der Kraft der Bewegung, dass es einer kalten Dusche gleichkam. Diese Demonstration von Gleichgültigkeit der PolitikerInnen– es war einfach unerträglich! Aus diesem Gefühl heraus entstand die Idee der Plattform. Weil das Parlament sogar die Idee eines Runden Tisches verworfen hatte, mussten wir diesen eben selber organisieren.

Wiederholte Runde Tische

Ab Sommer 2002 wurden Kontakte geknüpft zu Gewerkschaften, Hilfswerken, Sans-Papiers-Unterstützungskollektiven und ParlamentarierInnen. Das Ziel war die Organisation eines ersten Runden Tisches. Dieser fand im Dezember 2002 statt.

Man kann nicht sagen, dass diese Begegnung umsonst war. Auch wenn keine konkreten Fortschritte erzielt wurden, war die direkte Begegnung doch ein starker Moment. Bei dieser Gelegenheit schlug Francis Matthey, Präsident der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA) vor, eine Arbeitsgruppe auf die Beine zu stellen um die einzelfallweisen Regularisierungen zu fördern. Diese Arbeitsgruppe fing dann zwei Jahre später an zu arbeiten, nach unzähligen Diskussionen und in Zusammenarbeit mit der Plattform. Deren Arbeit ist noch nicht zu Ende, aber wahrscheinlich wird sie die Abkühlung des politischen Klimas nicht überleben.

Zwischen 2003 und 2007 organisierte die Plattform mehrere Treffen zu spezifischen Themen wie Zugang zu Gesundheit, Berufsbildung für junge Sans-Papiers und Heiraten. Jedes Mal nahmen viele VertreterInnen der Zivilgesellschaft teil - von Seite der Behörden kam dagegen sehr wenig Echo. Dies, obwohl der Informationsaustausch immer sehr wertvoll war. Dank der Runden Tische wurden die Schwierigkeiten in der Praxis klarer sichtbar. Es konnten Informationen über offizielle Weisungen bekannt gemacht werden, die oft im Widerspruch standen zu der Praxis in vielen Kantonen. Im Bereich der Gesundheit konnten die Lücken im Bereich der Aufnahme von Sans-Papiers durch Krankenkassen und Spitäler aufgezeigt werden. Der Direktor des Bundesamtes für Gesundheit hat nach einer ersten Begegnung eine Weisung an alle Kantone verschickt, um deren Pflichten in Erinnerung zu rufen.

Was jedoch Probleme bereitete, war und ist die mangelnde langfristige Begleitung der verschiedenen Themen. Es werden von Behördenseite her Versprechungen gemacht, welche die Plattform immer wieder einfordern muss, da sonst nichts weiter geht. Man muss immer wieder von neuem Druck aufsetzen. Wir werden herablassend oder gar misstrauisch behandelt. Unser Nachhaken ist zu diskret, wir verfügen über zu wenig Mittel und haben zu wenig Gewicht.

Nie zulassen, dass Stille einkehrt

Das Ziel der Plattform war immer gewesen, die Sans-Papiers auf der politischen Agenda zu behalten, selbst wenn die Resultate auf sich warten liessen. Die Runden Tische waren nicht das einzige Mittel. Oft fanden die Diskussionen ihren Niederschlag auch in parlamentarischen Vorstössen. Wir haben auch versucht, Einfluss zu nehmen auf die ParlamentarierInnen, als das neue Ausländergesetz debattiert wurde und wir haben regelmässig auch die Medien informiert – leider mit wenig Echo.

Trotz der schwierigen Umstände versucht die Plattform weiterhin, die Öffentlichkeit und die Behörden für die Probleme der Sans-Papiers zu sensibilisieren. So wurde zum Beispiel eine Preisverleihung an Sans-Papiers-ArbeiterInnen organisiert. Die Sans-Papiers-Preise wurden vom Berner Stadtpräsidenten und einigen NationalrätInnen übergeben. Wir überlegen uns aktuell, nächstes Frühjahr eine gewichtigere Veranstaltung über Regularisierungen in Europa durchzuführen, auf der Basis des kürzlich vom Europarat veröffentlichten Berichtes.

Mehrmals hat die Plattform schon daran gedacht, ihre Aktivitäten einzustellen. In der Tat dominiert der Eindruck, dass wir uns in einer Sackgasse befinden. Wir haben mit der Arbeitsgruppe der EKA zusammengearbeitet in der Hoffnung, Druck auf die Kantone, aber auch auf das Bundesamt für Migration ausüben zu können. Die Idee, durch diese Arbeitsgruppe eine Kriterienliste bezüglich Regularisierungen erarbeiten zu können, hat leider nicht funktioniert. Kriterien gibt es bereits: im Metzler / Blocher – Rundschreiben. Aber sie entfalten keine Wirkung. Das Bundesamt für Migration orientiert sich kaum an diesen Kriterien, sondern praktisch ausschliesslich an der Jurisprudenz des Bundesverwaltungsgerichts. Viele Sans-Papiers, die eigentlich alle Regularisierungskriterien erfüllen, werden dennoch abgelehnt. Aber – nicht ganz alle! Und genau da liegt das Problem: der Eindruck von Willkür dominiert. Dies entmutigt uns einerseits, andererseits geben wir genau deshalb nie auf!

Das Ziel der Plattform bestand auch darin, als Brücke zwischen den in der Praxis tätigen Organisationen und den kantonalen und eidgenössischen Behörden zu dienen, um nicht zuzulassen, dass wieder Stille einkehrt bezüglich der Problematik der Sans-Papiers. Alle unsere Partner unterstützen uns nach wie vor. Die Unterstützungsbewegung für die Sans-Papiers ist zwar diskreter geworden, verschwunden ist sie dennoch nicht. Diese Organisationen begrüßen die Aktivitäten der Plattform, weil diese dafür sorgt, dass die Behörden nicht in Frieden gelassen werden mit ihrer riesigen Heuchelei. Trotzdem kann man nicht leugnen, dass die Behörden unerschütterlich geworden sind. Sie stellen ihre Politik nicht mehr in Frage, sondern verhärten sie immer weiter. Die neuen Asyl- und Ausländergesetze werden die Zahl der Sans-Papiers noch vergrössern, da die NEE's und die abgelehnten Asylsuchenden ohne Sozialhilfe zu einer Verschlechterung der Situation der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthaltsstatus führen könnten. Heiraten von Sans-Papiers sind fast unmöglich geworden. Und mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes gegen Schwarzarbeit kommen weitere Bedrohungen auf uns zu.

Trotzdem, es ist enorm wichtig, dass die Basisarbeit weiter geht und dass die Behörden ein Echo davon erhalten. Trotz aller Widrigkeiten behalten wir Vertrauen in die Widerstandskraft der Zivilgesellschaft. Es gibt Verbesserungen. Der Artikel 14 des neuen Asylgesetzes zum Beispiel hat unerwartete Regularisierungen ermöglicht. Dank der Bemühungen der Akteure an der Basis wird es uns vielleicht gelingen, die inhumanen Gesetze zu überwinden!

Anne-Catherine Ménetrey

Präsidentin der Plattform von 2002 - 2007